

Aufbau- und Resilienzplan und am Fonds für einen gerechten Übergang zu beteiligen.

Der Bundesregierung ist die Haltung der Länder insoweit bestens vertraut. Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesfinanzminister, zeigt bedauerlicherweise keinerlei Bereitschaft, die Länder wirksam zu beteiligen.

Ein gleiches Einwirken erfolgt über den Bundesrat. Auf Initiative der Landesregierung hat der Bundesrat im letzten Jahr Beschlüsse gefasst, welche die Position der Länder zum Deutschen Aufbau- und Resilienzplan und zum Fonds für einen gerechten Übergang deutlich machen.

Zudem hat die Landesregierung gemeinsam mit anderen Ländern vor einigen Wochen die Initiative angestoßen, den Entwurf der Bundesregierung für den Deutschen Aufbau- und Resilienzplan im Bundesrat zu beraten.

Bei der Beratung im Bundesrat hat sich die Landesregierung aktiv für eine umfangreiche inhaltliche Stellungnahme eingesetzt und insbesondere die Bedeutung von Digitalisierung, Klimaschutz und Biodiversität unterstrichen.

Die Beschlussfassung wird für das Bundesratsplenum am kommenden Freitag erwartet. Wir werden am kommenden Freitag weiter genauso argumentieren, wie wir das in allen Gremien – in der Ministerpräsidentenkonferenz, in der Europaministerkonferenz und bisher im Bundesrat – getan haben.

Sie sehen: Wir wollen die EU-Mittel für Zukunftsinvestitionen einsetzen – genau wie von der EU vorgesehen. Auch hier fordert Ihr Antrag das, was wir bereits umsetzen.

Zu Ihrem Vorschlag für einen eigenen Investitionsplan in Nordrhein-Westfalen und Ihrem Vorschlag, nach diesem Plan die Mittel aus dem europäischen Aufbauinstrument NextGenerationEU zu vergeben: Anders als die Kohäsionspolitik richtet sich der Aufbau stärker an die Mitgliedsstaaten als an die Regionen. Ein wesentlicher Maßstab für die Beurteilung sind dabei zum Beispiel die Vorgaben des Europäischen Semesters. Diese richten sich – wie auch andere Vorgaben – an die Mitgliedsstaaten.

Ein Investitionsplan auf regionaler Ebene ist in den europäischen Vorgaben nicht vorgesehen. Vielmehr muss ein stimmiger Gesamtplan erstellt werden, der sowohl die europäischen Vorgaben als auch die Positionen der Länder berücksichtigt. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit zu so später Stunde.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Ich danke Ihnen, Herr Minister Dr. Holthoff-Pförtner. – Weitere Anmeldungen für Reden liegen nicht mehr vor.

Insofern kommen wir zur Abstimmung. Hier empfiehlt der Ältestenrat die Überweisung des Antrags Drucksache 17/12754 an den Ausschuss für Europa und Internationales – federführend – sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung. Abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer ist dagegen? – Niemand. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen sehe ich auch nicht. Dann ist einstimmig so entschieden und **Antrag Drucksache 17/12754 überwiesen.**

Jetzt kommen die sieben spannendsten Punkte des heutigen Tages.

Wir beginnen mit:

20 Gesetz zur Regelung der Folgen des Wegfalls der Personalunion zwischen der Präsidentschaft des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen und des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/12774

erste Lesung

Herr Ministerpräsident Laschet hat seine Einführungsrede zu Protokoll gegeben (*siehe Anlage*).

Eine Aussprache ist heute nicht vorgesehen.

Wir stimmen also sofort ab. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzesentwurfs Drucksache 17/12774 an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend –, an den Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses, an den Rechtsausschuss sowie an den Hauptausschuss. Gibt es Gegenstimmen? – Nein. Enthaltungen? – Auch nicht. Der **Gesetzesentwurf Drucksache 17/12774** wurde einstimmig so **überwiesen.**

Ich rufe auf:

21 Realitätsferne Grenzwertpolitik – Die Landesregierung muss sich gegen die geplante automobilindustriefeindliche EURO7 Abgasnorm der EU einsetzen!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/12746

Eine Aussprache ist hierzu nicht vorgesehen.

Wir kommen gleich zur Abstimmung. Vom Ältestenrat wird empfohlen, den Antrag Drucksache 17/12746 an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung – federführend –, den Aus-